

KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ

Herausgegeben vom Berliner Komitee zur Unterstützung der gemeinsamen Arbeit der
Spartacist League/US und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten in Deutschland

1. Mai 1974

STATT REVOLUTIONÄRER POLITIK: EIN VERROTTETER BLOCK !
=====

Die erste Aufgabe von Revolutionären besteht darin zu sagen, was ist. Die erste Neigung von Zentristen ist, sich und ihre Politik zu verstecken. Der "klassenkämpferische Block" von Spartacusbund, GIM und Co. ist Ausdruck der letzteren Methode.

Aktionseinheit oder Einheit der Propaganda

oder: Was Aktionseinheit nicht ist.

Eine Aktionseinheit bedeutet Einheit in einer bestimmten, begrenzten Aktion, mit voller Freiheit der Propaganda für die beteiligten Organisationen. Innerhalb eines solchen kurzfristigen, praktisch orientierten Blocks streben Revolutionäre danach, sich als revolutionärer Pol - durch ihr Programm und die allein aus diesem Programm abgeleitete Praxis - hervorzuheben und dadurch ihre zeitweiligen Verbündeten als zaghaft, halbherzig und politisch perspektivlos zu entlarven. Die Vorstellung einer Aktionseinheit oder Einheitsfront von Opportunisten ist natürlich anders: Einheit der Propaganda auf kleinstem gemeinsamen Nenner; möglichst keine politische Auseinandersetzung (weil das einen schlechten Eindruck erwecken könnte); nicht "getrennt marschieren, vereint schlagen", sondern vereint marschieren, vereint sprechen, vereint Flugblätter schreiben, überhaupt nicht schlagen.

Der "klassenkämpferische" Block ist keine Aktionseinheit, sondern lediglich ein Versuch der "Propaganda-Einheit" - und das heißt auf gut bolschewistisch: Liquidation. Die Mai-Intervention - so sehr sie auch die "Kader" der vorgeblich trotzkistischen Organisationen in der Praxis verschleißt - hat wesentlich einen propagandistischen Charakter. Schönstes Beispiel der politischen Liquidation ist der "Offene Brief an die Genossen der SEW", unterzeichnet von Spartacusbund, GIM und KABB. Man könnte annehmen, daß in einem Flugblatt, unterzeichnet von zwei vorgeblich trotzkistischen Organisationen, welches das opportunistische Sektierertum einer stalinistischen Organisation behandelt, wenigstens ansatzweise eine Analyse des verräterischen Charakters des Stalinismus und seiner historischen Rolle in der Arbeiterbewegung enthalten wäre.

Das einzige, was dieser Brief der SEW vorzuwerfen hat, ist: "Hier hat Eure Parteiführung die Lage falsch eingeschätzt." Stalinismus, der von der "Sozialfaschismus"-Ideologie über die Volksfront die prinzipielle leninistische Taktik der Einheitsfront bekämpft hat, wird gelobt - als Vorkämpfer der Einheitsfront: "Hat doch gerade Eure Partei seit Jahren die Einheitsfront aller Arbeiter propagiert." Von der trotzkistischen Analyse des Stalinismus als konterrevolutionärer, bürokratischer Strömung in der Arbeiterbewegung ("Menschewismus zweiter Instanz") findet man keine Spur. Die Gründe dafür scheinen uns klar zu sein: 1. Man will sich der "Basis" der SEW nicht entfremden (und schont deswegen deren Führung!). 2. Die GIM und der Spartacusbund haben selber tiefgehende Differenzen in der Analyse des Stalinismus (etwa in bezug auf Vietnam und Kuba). 3. Man könnte durch eine solche Kritik den eigenen Block mit den aus dem stalino-maoistischen Lager kommenden, stark arbeiterfetischistisch ("workeristisch") orientierten KABB sprengen. Konsequenz: Man läßt halt die eigene politische Position fallen, denn "Einheit" geht über alles.

Der Maiaufruf des Spartacusbundes: Gewerkschaftliche Borniertheit und Kautskyanismus in der Einschätzung des bürgerlichen Staates

Der programmatisch antileninistische Charakter dieses Blockes wird besonders deutlich sichtbar aus dem Maiaufruf des Spartacusbundes. Das Politbüro dieser Organisation fordert folgendermaßen zur Aktionseinheit auf: "Zu diesem Zweck schlagen wir allen Organisationen und Gewerkschaftern zum 1. Mai eine Aktionseinheit zu den oben genannten vier Schwerpunkten vor." Diese vier Schwerpunkte sind: 1. Gegen Inflation und Arbeitslosigkeit. 2. Gegen Abschiebung und politische Entrechtung. 3. Keine Mitverantwortung für die kapitalistische Mißwirtschaft. 4. Weg mit der Militärjunta in Chile. Diese Schwerpunkte stellen eine verwässerte Form des Programms des Spartacusbundes dar; sie als Ausdruck einer "Aktionseinheit" zu bezeichnen, ist ein Hirngespinnst. Wo ist denn die Aktion? Oder meint Ihr, Genossen, daß ein gemeinsames Demonstrieren von aktuell für die Arbeiterbewegung bedeutungslosen Gruppen auf der Basis einer gemeinsamen Minimalplattform eine Aktionseinheit im leninistischen Sinne darstellt?

Schauen wir uns die Forderungen näher an. Im ersten Schwerpunkt fällt die Forderung nach einer 3%-Tarifkündigungsklausel ins Auge. Dazu wird erläuternd im Maiaufruf ausgeführt:

" Die allgemeine Antwort der Arbeiterklasse auf die Inflation ist die automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerungen (gleitende Skala der Löhne). In der heutigen Situation, wo die Teuerung die Arbeiterklasse bedrückt, aber wir noch keine galoppierende Inflation haben, kämpfen die Kommunisten für die Durchsetzung einer 3%-Tarifkündigungsklausel in jedem Tarifvertrag. Wenn diese Forderung erkämpft ist, dann hat die Arbeiterklasse ein Mittel in der Hand, den Zwang der Friedenspflicht zu brechen und sich zudem höhere Löhne zu erkämpfen. Die spontanen Streiks für Teuerungszulagen wiesen diesen Weg."

Selbstverständlich kämpfen Kommunisten für das Recht der Arbeiter, schon vor Ablauf von Tarifverträgen den Lohnkampf aufzunehmen. Die Führung des Spartacusbundes suggeriert aber die Vorstellung, als könne man in unmittelbarer Zukunft Klauseln in Tarifverträgen erkämpfen, die bei der gegenwärtigen Inflationsrate alle drei bis vier Monate neue Tarifkämpfe auf die Tagesordnung setzen würden. Bei der gegenwärtigen Situation der Gewerkschaftsbewegung könnten solche permanenten Tarifkämpfe nur mit Niederlagen enden. Wenn man aber von einem zukünftigen drastischen Ansteigen der Klassenkämpfe ausgeht, warum kann man dann nicht bereits heute die gleitende Lohnskala propagieren? Daß die gleitende Lohnskala nur bei galoppierender Inflation einzubringen sei, ist ganz unsinnig. Als das "Übergangsprogramm" der Vierten Internationale 1938 diese Forderung aufstellte, war die Inflationsrate in den wichtigsten kapitalistischen Ländern keineswegs höher als heute.

Die Verwässerung des trotzkistischen Übergangsprogramms zeigt sich auch im dritten Schwerpunkt, wo nach zwei richtigen Losungen ("Gegen Lohnleitlinien - Raus aus der konzertierten Aktion!" und "Weg mit Friedens- und Schweigepflicht") die "Offenlegung der Bücher" gefordert wird. Diese Losung ist zweifellos nicht so völlig falsch und unsinnig wie die 3%-Tarifkündigungsklausel, doch wäre sie nur korrekt, wenn klar gemacht wird, was der Kampf um die Offenlegung der Bücher konkret bedeutet: umfassender Kampf der Arbeiterklasse um die Doppelherrschaft in den Betrieben, also Arbeiterproduktionskontrolle; womit letzten Endes die Frage nach der Staatsmacht unmittelbar aufgeworfen wird.

Niemand wird behaupten, daß der Kampf für Arbeiterkontrolle heute schon aktuell auf der Tagesordnung steht. Das aber heißt: Diese Losung muß systematisch propagiert werden, ihre genaue Bedeutung und ihr Zusammenhang mit anderen Übergangsforderungen muß hartnäckig und geduldig erläutert werden. Keineswegs darf aus dieser Losung eine agitatorische Kurzformel destilliert werden, die nur größte Illusionen reformistisch-syndikalistischer Natur hervorrufen kann.

Der zweite Schwerpunkt ("Gegen Abschiebung und politische Entrechtung") bleibt völlig abstrakt, geradezu inhaltsleer. "Deutsche und ausländische Arbeiter - eine Kampffront!" ist sicher ein guter Text für ein Transparent, doch als einzigste Losung für einen "Schwerpunkt" reichlich leicht. Warum werden nicht volle politische Rechte für ausländische Arbeiter (einschließlich des wesentlichen Rechtes, auf Wunsch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben zu können) gefordert.

Der vierte Schwerpunkt zeichnet sich durch mehr als ökonomistischen Opportunismus aus: Der Spartacusbund fordert "Abbruch der diplomatischen Beziehungen" der Bundesrepublik zu Chile und "wirtschaftlichen Boykott" von Chile durch die Bundesregierung. Der Kampf von Revolutionären, die politische Umgruppierung in Chile zu beschleunigen, den Aufbau einer revolutionären Partei in Chile als Sektion der wiederaufzubauenden Vierten Internationale voranzutreiben und durch internationale proletarische Solidarität die proletarische Revolution in Chile zu unterstützen, hat nichts mit Forderungen an eine bürgerliche Regierung zu tun, ihre bürgerliche Politik auf eine nicht-bürgerliche Weise zu führen.

Natürlich erheben Revolutionäre auch Forderungen an den bürgerlichen Staat, jedoch nur solche, um die ein anhaltender Kampf sich zu führen lohnt, der bei wachsender Mobilisierung der Arbeiterklasse eines Tages erfolgreich sein wird; wenn auch vielleicht erst im Prozeß der proletarischen Revolution. Wenn man nun den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Chile fordert, müßte man dasselbe in bezug auf alle anderen Militärdiktaturen und sonstigen "undemokratischen" bürgerlichen Regime tun. Damit aber konstruiert man auf gut kautskyanische Manier einen absoluten Gegensatz zwischen bürgerlich-demokratischen Regimen und anderen Herrschaftsformen der bürgerlichen Klasse und verstärkt die in der Arbeiterklasse tief verwurzelten Illusionen in den "Staat".

Die Parolen der Revolutionäre müssen auf die politische Mobilisierung der Arbeiterklasse gerichtet sein. Beispielhaft ist die Forderung der Militant Solidarity Caucus, einer revolutionären Gruppierung in der amerikanischen Seemannsgewerkschaft NMU (National Maritime Union): die Gewerkschaft soll sich weigern, Güter nach Chile zu transportieren und soll materielle Hilfe an den chilenischen Widerstand leisten. Die Arbeiterbewegung muß auf ihre eigene Stärke rechnen und nicht auf die Unterstützung des bürgerlichen Staates.

Gegen ökonomistische Beschränkung und ziellosen Pluralismus:

Das revolutionäre Übergangsprogramm !

Charakteristisch für die ökonomistische Beschränkung des Spartacusbundes ist auch die Tatsache, daß jede Losung, die sich mit der besonderen Unterdrückung der proletarischen Frau beschäftigt, im Maiaufruf fehlt. Obwohl der Kampf gegen den § 218 zur Zeit der diesjährigen Maikampagne von besonderer Brisanz war, fehlt selbst die Forderung nach ersatzloser Streichung dieses schändlichen Paragraphen.

In der Maizeitung Nr. 2 der Westberliner Ortsgruppe wird diese Unterlassung zwar halbwegs wettgemacht; wir sind jedoch so eingebil-det, dies auf unsere Intervention zurückzuführen. Keineswegs haben irgendwelche Leitungsgremien des Spartacusbundes hier korrigierend eingegriffen: In der Aprilnummer des Zentralorgans fehlt wieder jeder Hinweis auf den Kampf um den § 218. Artikel, die sich intensiver mit der "Frauenfrage" beschäftigen, darf man ohnehin in diesem Blatt nicht erwarten. Gängige Antwort unserer Ökonomen, falls auf solche Unterlassungssünden angesprochen, ist: Man könne doch nicht hundert oder mehr Parolen aufstellen, in denen man alle "Problemkomplexe" der kapitalistischen Gesellschaft anschneidet. Hier liegt ein eigenartiger Fall von "Projektion" vor. Man unterschiebt dem Kritiker Argumente, die eigentlich aus der eigenen Gedankenwelt stammen. Wenn man nämlich versucht, das Übergangsprogramm agitatorisch "aufzusplittern", dann kommt man in der Tat leicht in die Gefahr, einen ellenlangen Warenhauskatalog von Forderungen aufzustellen. Und dann muß man natürlich irgendwo einen Schnitt machen, "Schwerpunkte" bilden usw. Nur darf man sich dann nicht wundern, wenn diese "Schwerpunkte" unzusammenhängende Häufchen von "Splittern" sind, während andere Splitter, die der Häufchenbildung nicht für wert befunden wurden, in der Abfallkiste landen.

Das trotzkistische Übergangsprogramm hat allerdings auch seine Schwerpunkte. Es sind dies die zentralen Übergangsforderungen, die zusammen ein Forderungssystem ergeben, das zwingend die Frage der Staatsmacht aufwirft. Der Kampf gegen die besondere, zusätzliche Unterdrückung einzelner Teile des Proletariats (Arbeiterjugend, Frauen, ausländische Arbeiter, rassische Minderheiten) ist ein unverläßlicher Bestandteil eines trotzkistischen Programms. Wenn dies im "Übergangsprogramm" von 1938 nur ansatzweise entwickelt wird, müssen diese Schwächen kritisiert und durch produktive Weiterentwicklung behoben werden.

Wer dieses Programm jedoch "aufsplittert", verkürzt oder wie die GIM durch magische Formeln ersetzt ("neue Avantgarde mit Massencharakter"), kann der Arbeiterklasse nicht die Perspektive bieten, die den Kampf zwischen den verschiedenen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung mit der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats verbindet. Die entscheidende Lehre, die die Sympathisanten und Mitglieder der vorgeblich trotzkistischen Organisationen aus dem diesjährigen verrotteten "klassenkämpferischen Block" zu ziehen haben, ist einfach: Es geht nicht um die Korrektur kleiner Mängel in der Politik dieser Organisationen; es geht um die programmatischen Grundlagen revolutionärer Politik überhaupt.

.....
Ich bin an Informationsmaterial interessiert:

Name:

Beruf:

Anschrift:

Tel.:

Einzuschicken an: Kommunistische Korrespondenz,

1 Berlin 120
Postlagerkarte A 051 429